



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/242 - 19. Oktober 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Neue Kampfformen in der Zone	S. 1
Das Atom-Gespenst im USA-Wahlkampf	S. 3
Amnestie-Gegner Schröder	S. 5
<u>Anhang:</u> Kommuniqué des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission vom 17. und 18. Oktober 1956 SPD dankt ehemaligen Zonen-Häftlingen, Appell an die Bundes regierung zu tätiger Hilfe.	

Magdeburg - Beispiel und Mahnung

OB. Es ist eine unbestrittene Aufgabe der bundesdeutschen Publi-
zistik, den Kampf der 17 Millionen hinter dem Vorhang zu unterstützen.
Das Mittel dazu ist die wahrheitsgetreue Berichterstattung, denn nichts
fürchtet die Machtheber in Pankow mehr als eben diese einfache Wahrheit,
Sensationskascherei unterstützt letzten Ende nur die SED, der es in
solchen Fällen leicht fällt, ein alibi zu finden und dabei gleich noch
das zu verdecken, was sich wirklich in ihrem Machtbereich vollzieht.
Solche Möglichkeiten sind dieser Tage durch übertrieben aufgemachte
Berichte über Unruhen in Magdeburg der Pankower Propagandazentrale
gegeben worden. Man versuchte auf Grund von Berichten einer sonst acht-
baren Organisation gewisse Vorgänge in Industriebetrieben zu einem neuen
Juniaufstand umzudeuten. Damit wird weder der Glaubwürdigkeit dieser
Zeitungen noch den sowjetischen Arbeitern gedient.

Was sind nun die Hintergründe, die zu diesen verzeichneten Berich-
ten Anlass gaben? Seit dem 17. Juni 1953 hat die freiheitliche Arbeiter-
bewegung in der Zone nach neuen Kampfformen gesucht, die unter den Be-
dingungen der SED-Diktatur angewandt werden können, ohne von den Wider-
standskräften schwerste Opfer zu fordern. Trotz der Niederlage durch
den Einsatz sowjetischer Streitkräfte haben die Arbeiter den Juniaufstand
vor gut drei Jahren mit Recht als einen Sieg, einen vielversprechenden
Anfang gewertet. Der Beweis war erbracht, dass das Ulbricht-Regime
ohne den Rückhalt sowjetischer Truppen nicht 48 Stunden lebensfähig ist,
dass die Arbeiterschaft es hinwegfegen kann, wenn dieser Rückhalt ein-
mal fällt. Um diese Möglichkeiten offen zu halten, mussten neue

Kampfformen an die Stelle offener Gewalt treten.

Diese neuen Methoden sind in der Zwischenzeit gefunden worden. Die "Arbeits-Langsam-Bewegung", die periodisch die Schwer- und Rüstungsindustrie der Zone lähmt, die seit zwei Jahren praktizierte Ablehnung der "Wirtschaftszweig-Lohngruppenkataloge" und die Niederlage der SED bei den vorigen Gewerkschaftswahlen zeigen, dass die Arbeiter heute schon ein reales Stück Macht erobert haben. In Magdeburg, einer traditionellen Hochburg der deutschen Sozialdemokratie, ist dieser Prozess am weitesten fortgeschritten. Bereits auf dem 25. Plenum des ZK gab der Bezirkssekretär der Magdeburger SED, Alois Pienik, die völlige Isolierung der SED in den Magdeburger Betrieben zu. Offen, so führte er aus, lähnten die Arbeiter das Regime der SED ab:

"In den meisten Fällen sind diese negativen Momente auch von Arbeitern und selbst von unseren Genossen in den Vordergrund der Auseinandersetzung gerückt worden."

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU und den ersten bescheidenen Versuchen der SED, einige Konsequenzen daraus zu ziehen, verstärkten sich diese Tendenzen. In den letzten Wochen und Monaten kam es in Magdeburg (und nicht nur dort) zu scharfen Auseinandersetzungen. Gegen administrative Normenerhöhungen gab es abteilungsweise Sitzstreiks. Bei der Wiedereinführung amnestierter Arbeiter in die Großbetriebe wurde auf Versammlungen die Forderung erhoben, jene SED-Funktionäre zur Verantwortung zu ziehen, die die Zurückgekehrten unschuldig ins Gefängnis gebracht hatten. Bei den jetzt laufenden neuen Gewerkschaftswahlen wehrten sich die Arbeiter energisch gegen Versuche der SED, erneut solche Beeinflussungs- und Gewaltmassnahmen anzuwenden, die bereits bei den vorigen Gewerkschaftswahlen zurückgewiesen worden waren.

Diese Dinge zusammengekommen ergeben das Bild eines andauernden und erbitterten Kampfes. Er wird ohne falsches revolutionäre Pathos, ohne sinnlose Überspitzungen und ohne Unbedachtsamkeiten geführt, die dem SED Möglichkeiten zu Repressalien auf breiter Front gäben. Um jede Position, um jede Normenockunde, um jeden Pfennig Lohn, um jeden Sitz in der BGL wird gerungen - stumm, erbittert und oft erfolgreich. Wer diese neue Taktik mit der Methode des Zeitraffers auf einen Tag komprimiert, könnte vielleicht wirklich zu dem Bilde eines neuen 17. Juni kommen - aber dieses Bild wäre irreführend.

Was die Arbeiter in Magdeburg und allen anderen Grossbetrieben durchführen, ist zwar auch eine Revolution - aber eine stumme und allmählich wirkende Revolution, so, wie es die Gegebenheiten erfordern. Sie zu unterstützen, kann nicht durch sensationelle Panfarenstöße geschehen, sondern durch eine wachsame Verfolgung aller Vorgänge, durch eine wahrhafte Berichterstattung darüber und eine sachliche Interpretation. Alles andere hilft den kämpferischen Arbeitern der Zone nicht, sondern gibt der SED Argumente. Wer dies tut, fällt - ob er das will oder nicht - den Zonenarbeitern in den Rücken.

Der Endkampf hat begonnen

O. L., New York, Mitte Okt.

Es ist nicht leicht zu sagen, welche Frage oder Fragen im Vordergrund dieses Wahlkampfes stehen, der bisher die amerikanischen Wähler zweifellos weniger aufgeregt hat als frühere Präsidentschaftskämpfe.

Für die Republikaner gibt es eine einzige Wahlparole: "Eisenhower". Manche fügen noch hinzu "Friede und Prosperität". Aber im Mittelwesten, in dem sich die Farmkrise vor allem wegen der steigenden Lebenshaltungskosten und der sinkenden Preise, die die Farmer für manche ihrer Produkte erhalten, eher verschärft hat, zieht die Parole "Prosperität" nicht so sehr. Der "Friede" ist angesichts der Suez-Krise und der für die jüdischen Wähler in New York City und anderen grossen Städten wie Chicago besonders wichtigen Palästina-Krise nicht unbedingt überzeugend. Also bleibt als wirklich anziehende Parole für die Republikaner nichts anderes als "I like Ike" (ich habe Ike - der Vorname des Präsidenten - gern) und man gebe sich keiner Täuschung hin: Eisenhowers Popularität ist ausserordentlich gross, was immer die Ursachen dieser Popularität sein mögen. Einen Mann, den jedermann in Amerika gern hat, bei einer Präsidentschaftswahl zu besiegen, ist nicht leicht.

Was die Demokraten sagen

Gegenüber dieser über die zukünftige Politik recht schweigsamen Parole versuchen die Demokraten und vor allen Stevenson die grossen politischen Streitfragen zu entwickeln. Bisher haben viele dieser sachlichen Fragen, die Stevenson mit Ehrlichkeit und Intelligenz, aber ohne allzu grosse Leidenschaft zu entwickeln und zu diskutieren versuchte, einen gewissen Widerhall geweckt, aber keine Flammen zu entzünden vermocht. Der Vorwurf gegen Eisenhower und die Republikaner, dass ihre Administration eine von "Big Business" gewesen sei, hat Zustimmung gefunden - bei denen, die ohnedies geneigt waren, für die Demokraten zu stimmen. Die Kritik an der kapitalistischen Internationalisierungs- und Privatisierungs-Politik vor allem im Kampf um die Ausnutzung der Wasserkraft und der übrigen Naturschätze hat zweifellos im Westen ihre starken Wirkungen gehabt. Aber es ist keine allgemeine Frage, die ganz Amerika in klar umrissene Lager teilen könnte. Arbeiter- und Gewerkschaftsgesetzgebung ebenso wie sozialpolitische Fragen spielen eine gewisse Rolle, aber niemand wird behaupten, dass selbst in

Industriezentren diese Fragen allein zu einer klaren Entscheidung führen könnten. Die amerikanische Schulkrise und Eisenhowers mangelnde Leistungen auf diesem Gebiet gehen Millionen Amerikanern nahe. Aber die parlamentarischen Abstimmungen über die Schulhilfe waren so kompliziert, dass eine Partei die Schuld auf die andere abwälzen konnte, wenn auch die Verantwortung Eisenhowers für die unbefriedigende und ungenügende Initiative auf dem Schulgebiet klar sein sollte.

Auf dem Gebiet der Rassenfrage, die Amerika zweifellos in zwei Lager spaltet, geht die Trennungslinie durch beide Parteien hindurch. In Wirklichkeit will keine der beiden Parteien die letzte Wahrheit über diese brennende Wunde im Körper Amerikas sagen. Aber wo ist die allgemeine Frage geblieben, die sich als die aufregendste erwiesen hat?

Die Gefahr der Atom- und Wasserstoffbomben-Explosionen

In den letzten Tagen hat zweifellos die Diskussion um die Atom- und Wasserstoff-Bombe die amerikanische Öffentlichkeit mehr zu beschäftigen begonnen. Schon im Frühjahr hat Adlai Stevenson ein amerikanisch-russisches Übereinkommen über die Einstellung weiterer Atom- und Wasserstoff-Bomben-Explosionen und eine amerikanische Initiative für ein solches Übereinkommen gefordert. Inzwischen ist diese Frage in einer aufregenden Sitzung der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen diskutiert worden. Dort wurden die Warnungen der Wissenschaftler der verschiedenen Nationen vor einem Überhandnehmen dieser Explosionen bekanntgegeben, die die Atmosphäre mit radioaktiven Strahlen vergiften, unter Umständen die Existenz der Welt bedrohen oder die Möglichkeit heraufbeschwören können, dass eine Generation von Krüppeln geboren wird. Die Vereinigten Staaten haben sich gegen jede Einschränkung dieser Explosionen ausgesprochen, solange nicht ein Übereinkommen über eine Rüstungskontrolle zustande gekommen sei. Aber wenn diese Explosionen weitergehen oder gar zunehmen und die an manchen Stellen der Welt bereits mit radioaktiven Strahlern übersättigte Atmosphäre noch weiter mit Giftstrahlen gespeist wird, kann ohne Krieg, ohne Atom-Zerstörung die Welt zugrundegehen.

Diese Frage ist nun von Adlai Stevenson in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt worden. Wenn nicht die Anzeichen trügen, will er den Rest des Wahlkampfes dazu benutzen, die Angst der Amerikaner vor einer Weltzerstörung durch radioaktive Strahlen und ihren Willen zum Frieden wachrütteln.

Präsident Eisenhower hat Stevensons Äusserungen über die Ein-

19. 10. 1956

Schranke oder Einstellung der Atom-Explosionen zuerst nicht ernst genommen und sich schliesslich genötigt gesehen, in eine Diskussion darüber einzutreten. Aber er beging schliesslich den Fehler, in seiner Pressekonferenz zu erklären, dass er "das letzte Wort" in dieser Sache gesagt habe. "Das letzte Wort" ist in einer Angelegenheit von Leben und Tod, gesunder oder verkrüppelter Nachkommenschaft eine sehr unglückliche Redewendung und überdies sind die amerikanischen Wähler gegen nichts so empfindlich wie gegen solche autoritären Worte ...

Mehr als nur eine technische Frage

Hier wird Stevenson nun im Endkampf einsetzen. Es ist in Wirklichkeit mehr als eine auf Atom- und Wasserstoff-Bomben beschränkte Frage, es lebenswichtig im wehrsten Sinn des Wortes sie auch sein mag. Es ist eine Frage der weiteren aussenpolitischen Richtung der USA und der Welt, es ist eine Frage, die sehr eng mit dem Bild zusammenhängt, das Amerika von sich gibt und das die Welt von Amerika hat. Es ist die Frage des Friedens in der Welt, die ungelöst bleibt, solange die beiden Weltmächte in einem atomaren Wettrüsten begriffen sind. Wenn Stevenson es wiederholt als die wichtigste Aufgabe der amerikanischen Politik bezeichnet hat, der Welt ein anderes, neues Bild, ein echteres Bild des amerikanischen Friedenswillens zu geben - hier ist ein ernster Versuch, das amerikanische Volk zu einer Politik aufzurufen, die zumindest den ernstesten Versuch machen würde, dieses schon im Rüstungsstadium überst lebensgefährliche Wettrüsten aufzuhalten.

+ + +

Doch noch Hexenjagd?

sp. Am 16. August, am Tage des unstrittigen Verbots der KP durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, erklärte der Bundesinnenminister vor der Bonner Presse, die Bundesregierung denke nicht daran, eine Hexenjagd zu veranstalten und missleiteten Anhängern der KP "etwas an Zeuge zu flicken oder sie um ihre Arbeitsplätze zu bringen". Mit Verhaftungswellen sei nicht zu rechnen. Das war ein politisch kluges Wort. Aber wie schnell wurde es vom gleichen Minister wieder entwertet. In seiner bayerischen Rundfunkrede hat Schröder sich gegen das vom Gesamtdeutschen Ausschuss einstimmig geforderte Straffreiheitsgesetz ausgesprochen und eine Amnestie für Angehörige der KP - die ja nun durch das Verbot rechtlich gar nicht mehr besteht - als nachträgliche Belohnung

des Rechtsbruches bezeichnet. Er, der Wächter der Verfassung, bestehe deshalb auf einem Verfahren gegen KP-Angehörige, die man nachher, je nach dem Einzelfall, wieder begnadigen könne.

Schröder nannte in diesem Zusammenhang die Zahl von 36 schon verurteilten Kommunisten, verschwieg aber, dass über einigen Tausend - in Harburg allein sind es 400 Personen - das Damoklesschwert von Ermittlungsverfahren schwebt, mit der Möglichkeit nachträglicher Verurteilung für Delikte, die drei bis vier Jahre zurückliegen. Die Anklagepunkte lauten auf Landesverrat, Umsturzabsichten und Spionage. Diese Menschen sollen also für etwas verurteilt werden, was vor dem Verbot der KP - soweit nicht Verstöße gegen das geltende Strafrecht begangen wurden - nicht strafbar war. Die laufenden und noch anhängigen Verfahren betreffen in der Mehrzahl die Aktivität der Kommunisten gegen den EVG-Vertrag, eines Vertrages also, der nie völkerrechtliche Geltung besass und über den die Geschichte dahinging.

Die Kriminalisierung jeder kommunistischen Tätigkeit hat die Bundesjustiz in der Vergangenheit schon ohnehin vor schwierige Probleme gestellt, die Verweigerung einer Amnestie würde sie geradezu überfordern. Verfahren gegen frühere Anhänger einer verbotenen Partei führen zwangsläufig zu einer Hexenjagd, gegen die sich der Bundesinnenminister in einer besseren Stunde ja selbst gewandt hat. Hat der Bundesinnenminister nun den Ehrgeiz, indem er die Bahn freigibt für jede Art von vergiftender Gesinnungsschnüffelei, dem in der Versenkung verschwundenen McCarthy den Rang abzulaufen? Schröders Verhalten in dieser Frage steht in klarem Widerspruch zu dem Verlangen auch vieler seiner Parteifreunde, hier endlich reinen Tisch zu machen, sowohl - wie es auch im letzten Kommuniqué des SPD-Vorstandes heisst - im Dienste der Rechtspflege, als auch zur Vermeidung einer unverantwortlichen Vergiftung der innenpolitischen Atmosphäre.

Der Justament- und Kraftmeier-Standpunkt des Bundesinnenministers tut ausserdem der moralischen Legitimation der Bundesrepublik, besser und rechtsbewusster zu sein als etwa das Ostzonenregime, einigen Abbruch. Wer die Freilassung aller politischen Häftlinge im Zeichen eines sich entspannenden Klimas zwischen West und Ost fordert, muss selbst bereit sein, die Begleiterscheinungen des Kalten Krieges im eigenen Hause zu liquidieren. Die Gegnerschaft Schröders zu einer umfassenden Amnestie verschafft den Kommunisten jene Märtyrer-Rolle, die sie wirklich nicht verdienen, von der sie sich aber neuen Auftrieb erhoffen.

* * *

Das Schicksal der Haftentlassenen - SPD verlangt Amnestie - Gesetz

K o m m u n i q u é

Die führenden Vertretungskörperschaften der SPD - Partei Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission - befassten sich am 17. und 18. Oktober vor allem mit den Fragen, zu denen die am Donnerstag angenommene politische Entschliessung zur Umbildung des Kabinetts Adenauer Stellung nimmt. Die Diskussion hatte im wesentlichen die Informationen des Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenhauer, zu diesem Thema zur Grundlage.

Breiten Raum nahm dann die Frage ein, wie den aus ostzonalen oder sowjetischen Haftanstalten und Lagern Entlassenen, vor allem auch soweit es sich um Sozialdemokraten handelt, geholfen werden könne und was zu tun sei, das Los der noch in Haft befindlichen Gefangenen zu erleichtern. Diesem Thema hatte bereits eine Konferenz am 15.10. mit freigelassenen Sozialdemokraten gegolten. Über diesen menschlich besonders tragischen und politisch diffizilen Fragen-Komplex berichtete in der gemeinsamen Sitzung am Donnerstag ausführlich das Vorstandsmitglied Fritz Heine. Informationen und Diskussionen zu diesem Punkt der Tagesordnung fanden ihren Niederschlag in einer besonderen Resolution.

Der Vorsitzende Erich Ollenhauer gab einen Überblick über den vorgesehenen Ablauf seiner Asienreise vom 28. Oktober bis 17. Dezember, die ihn durch acht Staaten führen wird und die dem Zweck dient, die Verbindungen zu den besonders wichtigen politischen Kräften in diesem Teil der Erde zu festigen und Ansatzpunkte für weitere künftige Kontakte zu schaffen.

Es wurde auch über die Moskau-Reise der Delegation des Deutschen Bundestages gesprochen. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Abordnung werden durch die Fraktion selbst bestimmt werden.

Scharfe Verwahrung legten Partei Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission gegen die ablehnenden Ausführungen des Bundesinnenministers Dr. Schröder zur Amnestiefrage ein. Seine Darstellung sei geeignet, die Öffentlichkeit gröblich irrezuführen. Wenn die Bundesregierung sich jetzt nicht entschliesse, ein Amnestiegesetz vorzulegen, werde die SPD die Initiative in dieser Frage ergreifen. Die Notwendigkeit dazu bestehe sowohl im Dienste der Rechtspflege als auch zur Vermeidung einer unverantwortlichen Vergiftung der innerpolitischen Atmosphäre.

Walter Menzel erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion in dem letztvergangenen Tagungsabschnitt und gab einen Überblick über die wichtigsten Gesetze, die noch bis zur Wahl eines neuen Bundestages vorabgeschlossen werden müssen. Dazu gehören unter anderem ein Häftlings-Hilfsgesetz für die politisch Verurteilten aus der Zone, eine Änderung des Notaufnahmegesetzes, ein Parteiengesetz, das nicht nur die Offenlegung der Finanzen betrifft, sondern auch die rechtliche Stellung der Parteien regeln würde, das Kartellgesetz und vor allem, als wichtigstes Stück der Sozialreform, die Neuregelung der Renten.

Einige Kurzreferate galten der Vorbereitungsarbeit für die agrarpolitische Tagung der SPD in Stadt Vilbel am 24. November.

Ein Bericht Ollenhauers galt dann der letzten Sitzung des Büros

der Sozialistischen Internationale, an der neben ihm das Vorstandsmitglied Fritz Heine teilgenommen hat.

Einer Einladung der dänischen Sozialdemokratischen Partei für ihren Parteitag vom 6. bis 10. Januar 1957 in Kopenhagen werden Erich Ollenhauer, Max Brauer und Alfred Nau Folge leisten.

(Die Entschliessung zur Urbildung des Kabinetts Adenauer wurde in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlicht. Die Red.)

* * *

SPD dankt ehemaligen Zonen - Häftlingen

Appell an die Bundesregierung zu tätiger Hilfe

Der Parteivorstand und Parteiausschuss der SPD haben die Situation der politischen Häftlinge in der sowjetischen Besatzungszone erneut geprüft. Anknüpfend an die am 15. Oktober durchgeführte Konferenz mit freigelassenen Sozialdemokraten aus der Zone sprachen sie den ehemaligen Häftlingen den Dank der Partei für die Arbeit aus, die sie unter den Bedingungen der Illegalität in Mitteldeutschland geleistet haben. Der Kampf der Sozialdemokraten in der Zone, die ohne Rücksicht auf ihr persönliches Wohl auch das Opfer ihrer Freiheit nicht scheuten, um für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu kämpfen, wird für immer ein Ruhmesblatt sein.

Gleichzeitig wird festgestellt, dass, entgegen den Behauptungen der SED, nach wie vor viele Deutsche in der SBZ ihrer politischen Einstellung wegen in Haft gehalten werden, darunter viele Sozialdemokraten. Die bisherigen Amnestien der Zonenrepublik waren Teilamnestien, die einen grossen Teil der politischen Häftlinge unberücksichtigt liessen. Es muss deshalb erneut die Forderung erhoben werden, die noch in den sowjetischen Zuchthäusern und Strafanstalten zurückgehaltenen politischen Häftlinge freizulassen.

In der Bundesrepublik ist die Hilfe für die Menschen, die wegen ihres bewussten politischen Widerstandes gegen die Ostzonen diktatur jahrelang in sibirischen Lagern oder in SBZ-Zuchthäusern haben leiden müssen, völlig unzureichend.

Parteivorstand und Parteiausschuss appellieren deshalb an die Bundesregierung, an Behörden, Organisationen und Persönlichkeiten, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, um den heimgelkehrten Opfern der Diktatur wirksam zu helfen.

Sie haben ein Anrecht auf menschliches Verständnis, auf materielle Hilfe und auf jegliche Unterstützung für Unterbringung und wirtschaftliche und berufliche Eingliederung.

* * *